



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Dezember 2019

Mietenspiegel 2018/19: Kein Grund zur Beruhigung



Kleine Kundgebung der Aktionsgruppe Mieten vor dem Rathaus am 26.11. Foto:Harald Singler siehe auch S. 2

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe:
Freitag, 03.01.2020

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Nachwahl / Mietenspiegel	S. 2
Gundermann	S. 2
Yalda Fest / Kundgebung St. Georg	S. 3
E-Roller	S. 4
Volksinitiative erfolgreich	S. 5
Kuba-Veranstaltung	S. 6
Hartz IV und Sozialhilfe	S. 6
Termine / Kontakt	S. 7

Aus dem Vorstand

Auf der BMV am 17.11. im Rauhen Haus zog Wolfgang Strauß seinen angekündigten Rücktritt zurück. Die BMV entschied sich mit Mehrheit für Nachwahlen. Gewählt wurden

Jörg Günther mit 69,69 % der Stimmen zum Schatzmeister und

Monika Berstecher mit 68,57 % der Stimmen für die Besetzung eines freien Frauenplatzes.

Der Vorstand hat am 4.12. beschlossen eine Wahlaktivveranstaltung am 13.12. in der Alevi-

tischen Gemeinde, Nobistor 33-35, um 18:00 Uhr durchzuführen.

Wir hoffen darauf, dass alle BürgerschaftskandidatInnen zu diesem Termin erscheinen können und sich viele Mitglieder einfinden werden, die sich aktiv am Wahlkampf in Hamburg-Mitte beteiligen wollen. Eine genaue Tagesordnung werden wir am 7.12. auf der Klausur des Bezirksvorstandes festlegen und diese in einer Einladungsmail am 8.12. verschicken.

Wolfgang Strauß

Mietenspiegel: Alles andere als beruhigend

Die Nettokaltmieten in Hamburg sind in den letzten zwei Jahren durchschnittlich um 2,6 Prozent angestiegen, in guten Wohnlagen teils um vier, bei etlichen Altbauten um fünf Prozent. Zum Stichtag 1. April 2019 liegen die Mieten nunmehr durchschnittlich bei 8,66 Euro pro Quadratmeter.

„Nur 2,6 Prozent plus auf eh schon hohe Mieten? Das ist doch für Menschen mit mittleren oder geringen Einkommen absolut nicht beruhigend“, erklärt die wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft, **Heike Sudmann**. „Allein in der Zeit der SPD-Regierung, also von 2011 bis 2019, sind die Mieten in Hamburg um 21,1 Prozent gestiegen, während die Inflation in diesem Zeitraum nur 13,1 Prozent betrug.“

Die Zahlen des Senats belegen auch, dass es viel zu wenig günstige Wohnungen gibt: 368.000 Haushalte könnten einen §5-Schein beanspruchen, es gibt aber nur 211.000 Wohnungen zur

Sozialmiete von 6,60 Euro/qm (23,9% der 550.000 mietenspiegelrelevanten Wohnungen = 131.000, plus 80.000 vorhandene Sozialwohnungen). Eine Ursache liege darin, dass nur ein Viertel der 55.400 Neubauwohnungen seit 2011 echte Sozialwohnungen sind, so Sudmann (vgl. Drs. 21/16363, Anlage 1). Damit sei der Bestand an Sozialwohnungen auf einen historischen Tiefstand gesunken, Tendenz weiter fallend.

„Das Versprechen des Senats, er würde mit seinem großen Neubauprogramm den Mietenwahnsinn beenden, wird Lügen gestraft,“ kritisiert Sudmann. „Hamburg braucht einen Mietendeckel, damit die Mieter_innen nicht weiter belastet, sondern entlastet werden. Im Neubau brauchen wir mindestens zur Hälfte öffentlich geförderte Wohnungen. Schließlich hat auch die Hälfte der Hamburger Haushalte so wenig Einkommen, dass sie eine geförderte Wohnung beanspruchen könnte.“ (PM der Bürgerschaftsfraktion)

"Gundermann" mit Bild und Ton



Foto: Harald Singler

Auch im November kann Sommerkino schön sein: Das zeigte der Filmabend am 20.11. im Rauhen Haus über einen in der DDR sehr populären Liedermacher und Baggerfahrer im Lausitzer Braunkohlerevier. Nachdenklich, aber auch heiter, und gerade auch für die Linke ein Beitrag, das Leben in der DDR, die Folgen der Wende und die bis heute nachwirkenden Verletzungen und Brüche besser zu verstehen.

Ein herzlicher Dank geht an unsere Gäste, von denen einige den zweiten Anlauf zu diesem Film wagten, und an unsere Wahlkreiskandidatin Heike Sudmann für die freundliche Begrüßung und Unterstützung!

Yalda-Fest 2019 - Solidarische Stadt- Eine Stadt für Alle



Foto vom Yaldafest 2018, Webseite der Bü-Fraktion

Samstag, 14. Dezember um 17:00-23:00, Louise Schroeder Schule, Thedestraße 100

Am 14. Dezember 2019 feiern wir wieder das Yalda-Fest – dieses Jahr unter dem Motto „Solidarische Stadt – Eine Stadt für Alle“.

Denn eine „Stadt für Alle“ ist Hamburg noch lange nicht: Rassistische Polizeikontrollen sind nach wie vor an der Tagesordnung, Abschiebungen in de facto unsichere Herkunftsländer wie Afghanistan finden ungebremst statt und in Libyen werden tausende Menschen in schrecklichen Internierungslagern festgehalten – mit der Billigung von Bundesregierung und EU.

Vor diesem Hintergrund sind Initiativen wie das europaweite Netzwerk „Solidarity Cities“ die richtige Antwort. Gemeinsam treten solidarische Städte für eine Welt ein, in der niemand Angst vor Diskriminierung, Ausgrenzung und Abschiebung haben muss. Besonders Städte, mit all ihrer kultu-

rellen und sozialen Vielfalt, sind wichtig für die Aufnahme von Geflüchteten.

Das Ziel ist klar: In einer solidarischen Stadt sollen alle Menschen Zugang zu freier Bildung, zu Wohnraum, Arbeit und medizinischer Versorgung haben – unabhängig von Herkunft, finanzieller Situation, Hautfarbe oder Geschlecht. Denn Gesellschaft kann nur durch Teilhabe und Zugehörigkeit bestehen.

Vor einem Jahr hat die Bürgerschaft Hamburg zum sicheren Hafen erklärt. Dem sind aber bisher keine Taten gefolgt. Das Bündnis „Solidarische Stadt Hamburg“ mit 70 Initiativen will das ändern. Schon jetzt gibt es viele Einzelpersonen und Initiativen, die versuchen, Menschen mit prekärem oder ohne Aufenthaltsstatus den Zugang zu ihren Rechten zu ermöglichen. Das ist die Politik der Zukunft, die schon jetzt praktisch und vor Ort stattfindet. Gemeinsam wollen wir uns vernetzen, uns über solidarische Praktiken und Ideen austauschen und die längste Nacht des Jahres feiern.

In diesem Sinne lädt DIE LINKE zum traditionsreichen EINE-WELT-FEST (Yalda- Fest) ein, dieses Jahr unter dem Motto: Solidarische Stadt – Eine Stadt für Alle! Mit einem internationalen musikalischen Programm und internationalen Speisen und Getränken.

Wir freuen uns, wenn du dabei bist!

Kundgebung am St. Georger Krankenhaus

Am **4.12. (Barbaratag)** wollen wir eine Kundgebung vor dem AK St. Georg (Lange Reihe/Barcastraße) ab **ca. 12.30-ca. 15.00 h** (wegen der Übergabezeiten im KH) abhalten und dort Barbarazweige verteilen. Nach altem heidnischen Brauch sollen blühende Barbarazweige Glück bringen und dies können alle gut gebrauchen in einem renditeorientierten Krankenhaus, wo ALLE ausgequetscht werden, das Personal gleichermaßen, wie auch Kranke und Sterbende. Es ist

zu prüfen, ob Menschlichkeit überhaupt unter diesen Bedingungen möglich ist.

Wir setzen uns für mehr Personal im Krankenhaus ein und laden alle ein, Ihren Protest mit uns laut stark kundzutun

Mit kämpferischen Grüßen
Hildegard Heinemann

Bündnis menschliche Pflege und HH Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus

Die Bezirksfraktion HH-Mitte DIE LINKE lädt ein zum **WINTERFEST 2019**

am Samstag, 14. Dezember 2019 ab 15h im Freizeithaus Kirchdorf Süd

Politische Gespräche mit den Bezirksabgeordneten und Wilhelmsburger Bürgerschaftskandidatin Dr. Stephanie Rose bei Kaffee und Kuchen
Bastelecke und Wintergeschichten für die Kinder

Musikalisches Programm

Wunschzettel: Was wünschst Du dir für Wilhelmsburg?

Wir freuen uns auf euren Besuch!

Die E-Tretroller sind nicht nur in der Innenstadt, sondern in vielen Bereichen von HH-Mitte ein Problem. Nachfolgend ein Beitrag von Heike Sudmann, der als „Standpunkt“ in der Mopo vom 20.11.19 veröffentlicht wurde.

E-Tretroller - Experiment gescheitert - Versuchsreihe neu anordnen

Seit dem 15. Juni 2019 sind E-Tretroller auch in Deutschland zugelassen. Obwohl aus europäischen und amerikanischen Großstädten, wo die ersten Roller schon 2017 eingeführt wurden, etliche Probleme bekannt waren, konnten Verkehrsminister Scheuer und einige Hamburger Politiker*innen diesen Tag gar nicht erwarten. Katharina Fegebank von den Grünen sagte schon im Mai, E-Scooter fahren "macht Spaß und schützt das Klima."

Sechs Monate später lässt sich feststellen, dass das Experiment einer neuen "Elektro-Mobilität" auch in Hamburg gründlich missglückt ist. Und das ist nicht allein die Schuld der Menschen, die die E-Tretroller rücksichtslos auf Gehwegen und in Parkanlagen nutzen oder sie einfach stehen und liegen lassen, wo es ihnen gerade gefällt.

Für dieses Experiment fehlt(e) es nämlich an einer wichtigen Voraussetzung: Platz. Zugelassen wurden die E-Tretroller auf Radwegen und Radfahrstreifen. Also genau dort, wo es heute schon eng ist und wo es in der zukünftigen "Fahrradstadt Hamburg" noch enger werden soll. Das konnte und kann nicht gut gehen. Und weil viele Radwege schlecht sind, weichen Rollerfahrer*innen auf den Gehweg aus. Spätestens jetzt müssten auch die Fans der so schön im Amtsdeutsch genannten Elektrokleinstfahrzeuge erkennen, dass wir über die ungerechte Verteilung des öffentlichen Raums reden müssen. Wer zu Fuß geht oder mit dem Rad fährt, bekommt nur einen Zipfel des öffentlichen Raums zugesprochen. Für das fahrende und das parkende Auto hingegen wird deutlich mehr Raum zur Verfügung gestellt. Wer glaubt und behauptet, dass E-Tretroller Autoverkehr ersetzen, muss konsequenterweise dann auch z.B. Autoparkplätze für sie freimachen.

Doch von einer Entlastung des Straßenverkehrs durch die E-Tretroller ist auch gut vier Monate nach ihrer Einführung in Hamburg nichts zu spüren. Untersuchungen aus Frankreich ergaben, dass fast die Hälfte der Roller-Nutzer*innen sonst zu Fuß unterwegs gewesen wäre, 29 Prozent hätten Bus und Bahn genutzt und weniger als zehn Prozent das Rad. Damit wäre übrigens auch erklärt, weshalb in Hamburg die Fahrten mit dem

StadtRad im Juli um 11 Prozent im Vergleich zum Juni zurückgegangen sind.

Gegen die E-Tretroller in ihrer jetzigen Form sprechen zwei weitere Aspekte. Die Herstellung der Akkus ist umweltpolitisch schon hoch problematisch, die Lebensdauer ist nur noch ein schlechter Witz. Drei bis sechs Monate, dann ist Schicht im Schacht. Solange dadurch die Gewinnbilanz der Leihfirmen nicht geschmälert wird, wird sich daran nichts ändern. Ebenso wenig an den Arbeitsbedingungen der Menschen, die die Roller nachts mit (Diesel)Transportern einsammeln und wieder aufladen. Viele von ihnen arbeiten als Selbständige, ohne Sozialversicherung oder gar Mindestlohn. Je weniger Kosten für die Verleihfirmen anfallen, desto größer werden dort die Gewinne.

Das Verleihgeschäft mit den E-Tretrollern ist heiß umkämpft, die Anbieter*innen konkurrieren verschärft und versuchen, möglichst viele Fahrzeuge auf den Markt zu bringen. Eine Rücknahme der Erlaubnis für die Roller ist nicht in Sicht. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen verändert werden. Das Umweltbundesamt hat Anfang September vorgeschlagen, Umweltkriterien zur Voraussetzung einer Verleih-Genehmigung zu machen: Austauschbarkeit der Akkus, Reparierbarkeit nebst Ersatzteilverfügbarkeit sowie eine lange garantierte Lebenserwartung des Akkus bzw. des E-Tretrollers. Gleichzeitig weist das Umweltbundesamt darauf hin, dass nicht die E-Tretroller, sondern die privat genutzten Autos in den Städten das Hauptproblem bei der Verkehrswende und der Lebensqualität in Städten blieben. Deshalb müsse die Zahl der Autos und der Parkplätze deutlich reduziert werden.

Weniger Autos, mehr Platz für den umweltfreundlichen Verkehr. Kommen dann langlebige E-Tretroller dort zum Einsatz, wo sie die fehlende Verbindung zu Bus und Bahn herstellen, ergeben sie Sinn. Unter den jetzigen Bedingungen sind sie ein rollender Unsinn mit Batterieantrieb, der mit Nachhaltigkeit und Klimaschutz nichts zu tun hat.

Heike Sudmann, 17.11.2019

Volksinitiative „Schuldenbremse streichen“ erfolgreich!

Die Volksinitiative „Schuldenbremse streichen! Soziale Wohlfühlentwicklung jetzt: demokratisch, zivil, für alle!“ hat mehr als die erforderlichen 10.000 Unterschriften von Hamburgerinnen und Hamburgern erhalten und ist damit erfolgreich zu Stande gekommen.

Vom 30.04.2019 bis zum 27.10.2019 wurden 13.397 Unterschriften für die Streichung der sogenannten Schuldenbremse aus der Hamburger Landesverfassung gesammelt. Die Senatskanzlei hat am 26.11.2019 bekannt gegeben, dass davon mehr als 10.000 gültig sind.

Damit erteilen die Hamburgerinnen und Hamburger der Schuldenbremse eine deutliche Absage. Die Bürgerinnen und Bürger Hamburgs machen damit klar: Schluss mit der Zerstörung des Gemeinwesens – eine bedarfsgerechte, öffentliche Finanzierung von Bildungs-, Kultur-, Gesundheits-Sozialeinrichtungen sowie Infrastruktur ist richtig, notwendig und sofort möglich.

Die Bürgerschaft muss sich bis zum 24. Februar 2020 mit dem Anliegen der Volksinitiative befassen haben. Davor haben die Initiatorinnen und Initiatoren Gelegenheit, in einem Ausschuss der Bürgerschaft, das Anliegen der Volksinitiative darzulegen. Sollte die Volksinitiative durch die Bürgerschaft nicht angenommen werden, kann ein Volksbegehren angemeldet werden. In diesem Volksbegehren können die Hamburgerinnen und Hamburger erneut für die Streichung der Schuldenbremse unterschreiben. Für das Zustandekommen des Volksbegehrens müssen ca. 65.000 Hamburgerinnen und Hamburger innerhalb von drei Wochen unterschreiben. Dieses Volksbegehren wird voraussichtlich im Sommer, im Juli oder August, stattfinden.

Elias Gläsner, vertretungsberechtigte Person der Volksinitiative „Schuldenbremse streichen!“, aktiv in der Studierendenschaft der Uni Hamburg und in der LINKEN Hamburg, sagt dazu: „Wir freuen uns über das erfolgreiche Zustandekommen der Volksinitiative „Schuldenbremse streichen!“. Massive staatliche Investitionen und das Ende der auferlegten Bescheidenheit sind notwendige und mögliche Verbesserungen im Interesse der allermeisten. Die Schuldenbremsen-Politik schürt Konkurrenz zwischen den öffentlichen Bereichen und zwischen den Menschen durch die Verknappung der Mittel, kürzt den Sozialstaat, forciert Privatisierung öffentlicher Güter und bedient die Banken. Wir haben mit der Volksinitiative den Anfang gemacht, dieser menschenfeindlichen Politik eine Absage zu erteilen. Wir fordern die Bürgerschaft, und insbesondere alle weiteren



Hamburgerinnen und Hamburger auf, gemeinsam mit uns die soziale Politik-Wende zu realisieren.“

Dazu Svenja Horn, vertretungsberechtigte Person der Volksinitiative „Schuldenbremse streichen!“, aktiv in der Studierendenschaft der Uni Hamburg und bei den GRÜNEN Hamburg ergänzt: „Mit der erfolgreichen Volksinitiative machen wir deutlich, dass die Schuldenbremse kein ökonomischer Sachzwang, sondern politisches Instrument ist, dass die aktuellen Machtverhältnisse schützen soll. Die Schuldenbremse suggeriert, dass die Bevölkerung den Gürtel immer ein bisschen enger schnallen muss, sonst würde es noch viel schlimmer werden. Es ist mit der Volksinitiative gelungen, diese Einrede aufzubrechen und den Unmut über schlechte Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst, über menschenunwürdige Gesundheitsversorgung in Krankenhäusern oder über ausbleibende soziale Antworten auf die Klimakrise in ein solidarisches Engagement für eine sofortige Politikwende zu überführen. Wir freuen uns darauf, auf dieser Grundlage das Anliegen der Bürgerschaft darlegen und mit den Abgeordneten über die notwendigen Verbesserungen diskutieren zu können.“

Andreas Scheibner, vertretungsberechtigte Person der Volksinitiative „Schuldenbremse streichen!“, aktiv in ver.di Hamburg, führt dazu aus: „Wir konnten in den letzten Monaten zahlreiche Mitstreiterinnen und Mitstreiter sowie Bündnispartner gewinnen, gemeinsam die Schuldenbremse zu streichen und damit erhebliche Verbesserungen für alle zu erkämpfen. Die Volksinitiative „Schuldenbremse streichen“ wird inzwischen u. a. unterstützt von ver.di Landesbezirk Hamburg, Die LINKE Hamburg und attac Hamburg. Viele Bürgerinnen und Bürger haben Unterschriften gesammelt, sei es an Infoständen, unter Kolleginnen und Kollegen oder im Bekanntenkreis. An dieser zivilgesellschaftlich getragenen Forderung nach der Streichung der Schuldenbremse kommt niemand vorbei. Wir werden auch die Stufe des Volksbegehrens nehmen und so für eine soziale, nachhaltige und demokratische Gestaltung des Gemeinwesens kämpfen.“

Weitere Informationen sind zu finden unter:

www.schluss-mit-austeritaet.de

Nachhaltiger Tourismus und Klimaschutz in Kuba

Am Samstag, dem 9. November, fand im Hamburger Rathaus eine Veranstaltung "Nachhaltiger Tourismus und Klimaschutz in Kuba" statt.

Auf dem Podium waren Osvaldo Romero, kubanischer Energie- und Tourismusexperte, Stephan Jersch und Martin Dolzer für die Linksfraktion. Veranstalter DIE LINKE, Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, und Cuba Sí Hamburg mit Unterstützung der kubanischen Botschaft in Berlin.



Ganz links im Publikum Ivet López. Vorne Prof. Osvaldo Romero, Stephan Jersch, Martin Dolzer, Brigitte Schiffler (Foto Hildegard Heinemann)

Der 9. November ist ein geschichtsträchtiger Tag für Deutschland. In diesem Jahr hörte man recht wenig von der Reichspogromnacht, aber viel über "Mauerfall und Wiedervereinigung". Letztere hat-

ten enorme Konsequenzen für Kuba, dessen Handelsbeziehungen Anfang der 90er Jahre überwiegend weg waren und das es dennoch geschafft hat, das große gesellschaftliche Experiment fortzusetzen, eine andere, bessere Gesellschaft zu schaffen. Um zu überleben, musste es den Tourismus ausbauen. Was das unter den heutigen Bedingungen des Klimawandels und der verschärften Blockade bedeutet, wurde im Hamburger Rathaus diskutiert. Prof. Osvaldo Romero berichtete darüber, wie gravierend die Folgen des Klimawandels sind und was Kuba unternimmt, um dem zu begegnen. Beeindruckend sind die Leistungen im Zivilschutz, in der vorausschauenden Wissenschaft und Planung und den staatlichen Maßnahmen, die Kuba als Lebensaufgabe begreift - *tarea vida*, Auftrag Leben, als politische Aufgabe. Was Kuba braucht, ist ein Tourismus mit politischen und kulturellen Begegnungen und auch mit Dienstleistungen im Gesundheitssektor. Vom Publikum wurde der Ausbau von Golfplätzen kritisiert, und es wurde viel zur Landwirtschaft gefragt. Ivet López, Botschaftsrätin, trug viel zur Klärung bei. Stephan Jersch stellte einen Vergleich zum Hamburg-Tourismus her und Martin Dolzer wies darauf hin, dass zwei Tage zuvor die überwältigende Mehrheit der in der UNO organisierten Staaten für die Abschaffung der völkerrechtswidrigen Blockade der USA gegen Kuba gestimmt hat und die Partei DIE LINKE auf ihrem Parteitag den Beschluss gefasst hat, die Kampagne "Unblock Cuba" zu unterstützen.

Brigitte Schiffler

Abschaffung von ALG II (HARTZ 4) und Trennung von Sozialhilfe aus der Arbeitslosenversicherung

Das SGB II und das SGB III sind durch eine Novellierung bzw. einer Änderung durch ein neues zu entwerfendes Gesetz als Rechtsgrundlage etwa ein „Arbeitslosenhilfe-Wiederherstellungsgesetz“ wieder voneinander zu trennen, wie in der Zeit vor ALG II: Wer länger als 3 Jahre ALG I bezogen hat, dem ist eine Arbeitslosenhilfe zu gewähren wie zu Zeiten vor ALG II bzw. vor 2004.

ALG I ist jedem/r bis zu 3 Jahre altersunabhängig zu gewähren und Langzeitarbeitslose, die mehr als 3 Jahre arbeitslos sind, bedürfen einer finanziell auskömmlichen Langzeitunterstützung.

Des Weiteren sind auch die aus früheren Zeiten einst üblichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ABM wieder einzuführen, die einst abgeschafft wurden.

Des Weiteren müssen auch die Niedriglohnssektoren im Arbeitsmarkt abgeschafft, die Mindestlöhne deutlich erhöht und finanziell auskömmliche Anreize für Langzeitarbeitslose geschaffen werden.

Das ALG II und die AGENDA 2010 sind als gescheitert anzusehen und haben ihren Sinn und Zweck total verfehlt. Die Bestrafung der Langzeitarbeitslosen, die über 1 Jahr arbeitslos sind, und die Einbeziehung von Privatvermögen und Sparguthaben sind ebenfalls abzuschaffen.

Die AGENDA 2010 ist durch die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zu überprüfen. Zuvor sollten kleine und große Anfragen und eine aktuelle Stunde in den Parlamenten und dem Bundestag gestellt werden.

Roberto Perez Hagen

Termine in (und für) Mitte

Montag, 02.12., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Montag, 02.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Donnerstag, 12.12., 18:30 Uhr

Achtung, Wochentag + Termin geändert!

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Freitag, 13.12., 18:00 Uhr

Wahlaktivveranstaltung (s. S. 2)
Alevitsche Gemeinde, Nobistor 33-35

Samstag, 14.12., 17 bis 23 Uhr

Yalda-Fest 2019 (s. S. 3)
Louise-Schröder-Schule, Thedestraße 100

Montag, 16.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 18.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 18.12., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 19.12., 17:30 Uhr

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**
Sitzungssaal, Caffamacherreihe 1-3, 11.OG

Januar 2020

Montag, 06.01., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Donnerstag, 09.01., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Montag, 13.01., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9
neu: 2. Montag!

Mittwoch, 15.01. 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 15.01., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Montag, 20.01., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a
Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Regelmäßig Montag und Donnerstag, jeweils von 13 bis 15 Uhr:
Sozialberatung im Abgeordnetenbüro Mehmet Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Monika Berstecher		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Jörg Günther (Schatzmeister)		
Maurizio Kosinski		
Suna Sahin		
Wolfgang Strauß		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX